Ressort: Politik

Bericht: Keine Einigung bei "Strompreisbremse"

Berlin, 19.03.2013, 17:49 Uhr

GDN - Bund und Länder konnten sich in der letzten Verhandlungsrunde vor dem Energiegipfel im Kanzleramt nicht auf Maßnahmen für die sogenannte Strompreisbremse einigen. Das berichtet das "ARD-Hauptstadtstudio".

Der gemeinsame Vorschlag von SPD und Grünen regierten Ländern sieht Einsparungen von 3 Milliarden Euro vor. So sollen die Ausnahmen für Industriebetriebe in Höhe von bis zu 700 Millionen Euro zurückgefahren werden. Allerdings soll die Förderung Erneuerbarer Energien nur um 200 Millionen Euro gekürzt werden. Dagegen hatte das Bundesumweltministerium Kürzungen beim EEG von 600 Millionen Euro vorgeschlagen. Das gemeinsame Papier von SPD und Grünen, das unter der Federführung der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) erarbeitet wurde, sieht außerdem eine Senkung der Stromsteuer um 25 Prozent sowie eine zügige Reform des Emissionshandels vor. Beides lehnt die Bundesregierung bislang ab. Nun sollen Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten bei ihrem Treffen am Donnerstag im Kanzleramt eine Entscheidung treffen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-10199/bericht-keine-einigung-bei-strompreisbremse.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619